



»Der Geist der Basisdemokratie und Selbstverwaltung wird weiter Bestand haben«

Michael Wilk* im Gespräch über das drohende Ende der demokratischen Selbstverwaltung in Nordostsyrien

In: *express* 2-3/2026

express: Du hast als Notarzt in Nordostsyrien Verwundete versorgt. Wie kam es dazu?

Michael Wilk: Schon 1989/1990 war ich in El Salvador als Notfallmediziner unterwegs und habe im Kriegsgebiet gearbeitet. Als 2014 die Stadt Kobanê vom Islamischen Staat (IS) belagert wurde, habe ich mir die Frage gestellt: Bleibe ich hier und gucke Fernsehen – oder fahre ich hin? Ich habe mich also auf den Weg gemacht. Seitdem bin ich regelmäßig in Nordostsyrien, unterstütze den Kurdischen Roten Halbmond (Heyva Sor a Kurd), versorge Verwundete in den Kämpfen gegen den IS und bei türkischen Invasionen, bilde notfallmedizinisch und krisenpsychotherapeutisch aus.

express: Anfang dieses Jahres griff die syrische Zentralregierung die Demokratische Selbstverwaltung in Nord- und Ostsyrien (Aanes, kurdisch: Rojava) an ...

M. W.: Es ging schon im letzten Jahr los. Solange das Assad-Regime bestand, hatten die Syrian Democratic Forces (SDF), der militärische Arm der Aanes, die Hoheit über die Gebiete nördlich des Euphrat. Dann wurde das Assad-Regime im November 2024 militärisch zerschlagen von den islamistischen Truppen der Hai'at Tahrir asch-Scham (HTS) unter der Führung von Abu Muhammad al-Dscholani, der heute als sogenannter Übergangspräsident Syriens agiert und sich Ahmed al-Scharaa nennt. Kurz darauf begann der Angriff auf die Selbstverwaltungsstrukturen in Nordostsyrien. Diese sind vielerorts in sich zusammengefallen und das Gebiet der Aanes ist auf einen Bruchteil reduziert worden.

express: Ende Januar dieses Jahres wurde schließlich ein Abkommen zwischen der Zentralregierung und den SDF geschlossen, das eine weitgehende Integration der bisherigen Strukturen in den syrischen Staat vorsieht. Wie bewertest Du das?

M. W.: Die SDF dürfen im Osten (Region Haseke) drei Brigaden unter Waffen behalten, in der Region Kobane eine weitere, allerdings unter dem Oberkommando von Damaskus. In den kurdischen Kerngebieten wird es weiterhin kurdische Polizeieinheiten geben. Das rettet eine gewisse Möglichkeit zur Selbstverteidigung. Die Grenzkontrollen sollen aber zukünftig von kurdischen Kräften und Beamten aus Damaskus gemeinsam übernommen werden. Das dürfte die Handlungsfreiheit massiv einschränken – nicht zuletzt für internationale Hilfsorganisationen und Solidaritätsbewegungen, die womöglich ganz anderen Restriktionen ausgesetzt sein werden, wenn sie ein Visum aus Damaskus brauchen, um ihre Arbeit zu machen.

Erstritten werden konnte außerdem, dass die kurdische Sprache weiter an Schulen gelehrt werden darf und dass die Abschlüsse kurdischer Universitäten anerkannt werden. Auch die kommunalen Gebietskörperschaften sollen bestehen bleiben. Unklar ist aber, wie das im De-

tail aussehen wird. Darum ist zu befürchten, dass auch die letzten Strukturen der Selbstverwaltung erodieren werden.

Mich ärgert, dass viele übersehen, dass das Abkommen zwischen den SDF und Damaskus keinen Frieden bedeutet. Die Region Kobanê, in der mehrere hunderttausend Menschen leben, wird immer noch von den Truppen der Zentralregierung belagert. Dort mangelt es weiter an Treibstoff, genauso an Wasser, seit die Türkei über Jahre hinweg immer wieder die Pumpstationen am Euphrat zerstört hat. Auch die bisherigen Abkommen wurden unter der ständigen Drohung einer militärischen Eskalation verhandelt, mit vorgehaltener Waffe sozusagen. Dass die SDF überhaupt einige Zugeständnisse erzwingen konnten, erklärt sich nur daraus, dass sie militärisch nicht zu unterschätzen sind und die Zentralregierung kein Blutbad in den kurdischen Kerngebieten in Kauf nehmen wollte.

Das größte Problem an den Abkommen ist allerdings: Es sind letztlich bloße Absichtserklärungen. Denn kein anderer Staat und schon gar nicht die internationale Staatengemeinschaft garantiert für die Einhaltung des Abkommens. Niemand weiß also, ob sich Damaskus wirklich daran hält. Alles, was die Aanes noch als Pfand hält, ist die militärische Stärke der SDF.

express: *Wie ist derzeit die Lage der Vertriebenen?*

M. W.: Desaströs. Mit der militärischen Zerschlagung des Assad-Regimes im letzten Jahr begann ebenfalls der Vormarsch der Erdoğan-Handlanger von der Syrischen Nationalen Armee (SNA). Sie haben sich weniger an den verbliebenen Assad-Strukturen abgearbeitet als unter kurdischer Verwaltung stehende Städte angegriffen. Viele Menschen wurden vertrieben.

Hinzu kommt, dass in Rojava seit Jahren hunderttausende Vertriebene leben, die zum Beispiel aus dem faktisch von der Türkei besetzten Afrîn geflohen sind oder aus südlicheren Teilen Syriens. Seit die Kämpfe um die kurdischen Stadtteile Aleppos wieder aufgeflammt sind, sind zahllose Menschen in die kurdischen Kerngebiete geflohen. Dasselbe gilt für Menschen, die in Minbic oder in Raqqa lebten.

Als diese Städte von der Herrschaft des IS befreit wurden, war das ein Paradigmenwechsel im Hinblick auf Frauen- und Menschenrechte. Es ist sehr bitter, dass sie jetzt wieder in den Händen von Islamisten sind, deren gesellschaftliche Vorstellungen zwar nicht die des IS sind, ihnen aber auch nicht ganz unähnlich. Nicht zufällig erlebten die Kämpfer des IS, die in Gefangenenlagern einsaßen, die Machtübernahme durch die HTS als Befreiung.

Man sollte auch nicht vergessen: Geflüchtete werden von der Türkei als Waffe eingesetzt gegen die Aanes. Die Türkei zerstört seit Jahren gezielt kurdische Infrastruktur wie Umspannwerke, Pumpstationen oder auch medizinische Einrichtungen (siehe die Bilder dieser Ausgabe). Das Leben ist darum an vielen Orten nicht leicht. Wenn dann auch noch viele Geflüchtete untergebracht werden müssen, stellt das die lokalen Strukturen vor große Herausforderungen und sorgt für ökonomische und soziale Verwerfungen. Die Aanes hat immer den humanitären Anspruch verfolgt, jeden aufzunehmen, aber in der Praxis ist das nicht einfach. Wenn Schulen zu Notunterkünften umfunktioniert werden müssen, können Kinder eben nicht zur Schule gehen.

express: *Was denkst Du, wie es weitergehen wird? Erleben wir gerade das Ende der Selbstverwaltung?*

M. W.: Die Hoffnung auf ein föderatives System in Syrien – ähnlich der kurdischen Autonomieregion im Nordirak – hat sich zerschlagen. Auch ökonomisch sieht es düster aus. Bisher hatte die Aanes die Hoheit über die Zölle, über den Verkauf von Öl und Weizen – das war der wirtschaftliche Lebensnerv Rojavas. Damaskus wird nun darauf bestehen, die Exporte zu kontrollieren. Es ist unklar, wovon die Leute dann leben sollen.

express: *Weshalb gibt es keine internationale Unterstützung? Noch vor wenigen Jahren waren die YPG und die YPJ, die sogenannten kurdischen Selbstverteidigungseinheiten, die immer den wesentlichen Teil der SDF ausmachten, der wichtigste Verbündete des Westens im Kampf gegen den IS.*

M. W.: Damals war die internationale Politik noch eine andere. Der Kampf gegen den IS hatte international Priorität und man brauchte verlässliche und kampferprobte Bodentruppen – eben die kurdischen Einheiten. Die Kurd:innen wiederum haben schon aus Notwendigkeit auf die Unterstützung der USA gesetzt – ohne die US-Luftwaffe wäre der Kampf gegen den IS in Kobanê, Raqqa oder Minbic nicht zu gewinnen gewesen. Seitdem haben die USA und andere westliche Staaten aber ihre Unterstützung der SDF zurückgezogen und sich auf die Seite eines Islamisten geschlagen.

Man muss sich das auf der Zunge zergehen lassen: Heute unterstützt die internationale Staatengemeinschaft mit dem Präsidenten Ahmed al-Scharaa einen Mann, der 2024 noch ein international gesuchter Terrorist war.

Wir erleben einen Paradigmenwechsel in der internationalen Politik: Viele Staaten haben zwar schon immer Diktatoren unterstützt, wenn es ihnen weltpolitisch in den Kram passte. Dennoch war es jahrzehntelang üblich, dass sich autoritäre oder korrupte Herrscher wenigstens ein demokratisches Mäntelchen umhängen mussten, um westliche Unterstützung zu erhalten. Das ist immer weniger nötig. Die nun vorherrschende Strategie verzichtet auf jeden moralischen Aspekt.

Deshalb sind die Menschen in Rojava mehr oder weniger auf sich allein gestellt. Tragisch hat sich mal wieder das Sprichwort bewahrheitet: »Kurdische Menschen haben keine Freunde, sie haben nur die Berge.«

express: Aber hatten die Kurd:innen nicht einst viele Freunde? Die Aanes und die SDF waren doch nie rein kurdisch, sondern multiethnisch?

M. W.: Das stimmt. Die Ausdehnung Rojavas ging weit über die mehrheitlich kurdisch bewohnten Gebiete hinaus. In Städten wie Raqqa oder Deir as-Sur leben ganz überwiegend Araber:innen. Und in den kurdischen Kerngebieten leben genauso nicht ausschließlich Kurd:innen, sondern ebenso Jesid:innen, Aramäer:innen und Araber:innen. Es ging nie darum, einen kurdischen Staat zu errichten, sondern eine föderative, multiethnische Gesellschaft aufzubauen. Immer noch stehen eine Menge arabischer Menschen an der Seite der Aanes, weil sie von diesem Modell überzeugt sind.

express: Dennoch kam es im Januar zu Aufständen der arabischen Bevölkerung in mehreren Städten und viele arabische Verbündete der SDF haben ihnen den Rücken gekehrt.

M. W.: Ja, das ist genauso richtig. Die Selbstverwaltungsstrukturen sind vielerorts in sich zusammengefallen, weil der Großteil der arabischen Unterstützer die Seiten gewechselt hat. Das hatte mehrere Gründe.

In einigen Gebieten haben Clanstrukturen das Sagen – sie sind tief verwurzelt in der Gesellschaft, sorgen sich vor allem um ihre eigene Klientel und richten sich politisch danach, woher der stärkste Wind weht. Solange die SDF militärisch und ökonomisch die Hoheit hatten, standen diese Clans an ihrer Seite. Als Damaskus dominant wurde, wechselten sie sehr schnell die Seiten. Binnen Tagen sind massenhaft Leute von der Fahne gegangen und die Verteidigung der SDF ist zum Teil kollabiert.

Inzwischen fließt viel Geld an die Zentralregierung, sowohl aus Europa und den USA als auch aus Saudi-Arabien. Die Claims werden neu abgesteckt, die Profiterwartungen sind hoch. Die SDF und emanzipative Gesellschaftsmodelle sind als Partner uninteressant bis störend.

express: Welche anderen Gründe gab es für das Abfallen der arabischen Verbündeten?

M. W.: Es gab große Unterschiede in der Mentalität und Gesellschaftsstruktur. Viele Gebiete in Syrien sind sehr konservativ. Die Vorstellungen über Geschlechterrollen sind dort meilenweit von denen entfernt, für die die Aanes steht. In Rojava gibt es in allen öffentlichen Ämtern eine Doppelspitze aus einem Mann und einer Frau, Gleichberechtigung steht ganz oben auf der Liste emanzipativer Ziele.

Eine Menge Leute in der Region Raqqa konnten damit gar nichts anfangen. Dort laufen viele Frauen, im Gegensatz zum Norden, tief verschleiert durch die Stadt, ein sehr strenger Islam ist Alltagskultur. Ich habe diese Orte immer als feindliches Gebiet empfunden, als ich dort

war. Ich ahnte, dass der IS dort viele Anhänger:innen hat, auch unter Frauen. Dieser Eindruck hat sich traurig bestätigt, als die Truppen aus Damaskus einrückten. Viele Leute in Raqqa erlebten das als Befreiung und jubelten den Regierungstruppen zu, die den erhobenen Zeigefinger zeigten, *das* Symbol des Islamismus.

So eine tief verankerte machistische, patriarchale Kultur, im öffentlichen wie in der Familie, lässt sich nicht hinwegfegen durch eine überzeugende Idee von Gleichberechtigung – schon gar nicht in ein paar Jahren. Die sehr unterschiedlichen Vorstellungen von Gesellschaft haben in manchen Regionen zu starken Konflikten geführt, die Unterstützung der Aanes in der Bevölkerung hielt sich in Grenzen.

Dazu kommen noch ethnische Konflikte, die historisch weit zurückreichen. Unter Bashar al-Assad und seinem Vater Hafiz al-Assad wurden Kurd:innen und andere Minderheiten klar diskriminiert. Zum Beispiel wurden Araber:innen in kurdische Gebiete umgesiedelt, um kurdische soziale Strukturen gezielt zu brechen. Viele Kurd:innen wurden zeitweise nicht als Staatsbürger:innen anerkannt, das heißt: Sie hatten schlicht keine Pässe.

Solch ein über Generationen gewachsenes Misstrauen löst man nicht per Beschluss auf. Die Aanes bemühte sich durchweg um einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Ethnien. Trotzdem wurde ihr von arabischer Seite (manchmal zu Recht) angekreidet, dass es eine gewisse kurdische Dominanzkultur nach der Vertreibung des IS gab.

express: Welche Kritik gab es noch an der Selbstverwaltung bzw. an ihrer Politik?

M. W.: In dieser Hinsicht gab es einen großen Spaltpilz: Diejenigen, die in Folge des Arabischen Frühlings gegen das Assad-Regime gekämpft haben, haben der Aanes gerne vorgehalten, sie hätte einen Pakt mit Assad geschlossen, statt ihn entschlossen zu bekämpfen. Tatsächlich kämpften die SDF in erster Linie gegen den IS und nutzten das Machtvakuum, das Assad in Nordostsyrien hinterlassen hatte, um ihr Gesellschaftsmodell aufzubauen.

Die Aanes war dabei gewissermaßen pragmatisch und brach nicht komplett mit dem Assad-Regime. Zum Beispiel konnte man in Heskê seinen syrischen Pass verlängern lassen. Und im Kampf gegen Erdoğan und die SNA gab es eine Zeit, in der die SDF Assads Truppen erlaubte, als Puffer in die Grenzregion zur Türkei einzumarschieren. Ein echter Drahtseilakt, ich habe mehr als einmal Schießereien zwischen Assad-Truppen und SDF erlebt. Das alles waren sehr schwierige Abwägungen, die ich hier gar nicht bewerten will. Jedenfalls haben sie der Aanes den Vorwurf eingebracht, Assad nicht zu ihrem Hauptfeind gemacht zu haben.

express: In Deiner Erklärung kommt eine Kategorie gar nicht vor, mit der man traditionell gesellschaftliche Auseinandersetzungen beschreibt – die der Klasse. Welche Rolle spielt sie?

M. W.: Eine sehr viel geringere als die Ethnie oder die Religion oder die Clanzugehörigkeit. Mit der Kategorie Klasse erklärt man wenig in Syrien. Wie so häufig verlaufen die Kämpfe nicht zwischen oben und unten, sondern zwischen Ethnien, Religionen und Kulturen, was den jeweils Herrschenden nur recht ist.

express: Lass uns noch einmal zum Geschlechterverhältnis zurückkommen...

M. W.: Das war für mich und für viele andere das Eindrucksvollste an Rojava. Bei meiner ersten Reise begegneten mir Frauen mit großem Selbstbewusstsein. Ich merkte sofort: Hier ist etwas völlig anders als in den umliegenden Gebieten.

Zwar hat sich die Gleichberechtigung nicht überall durchgesetzt. Mehrmals habe ich erlebt, wie Frauen ihr Leid klagten über patriarchale Strukturen in der Familie. Aber es wurden gezielt antipatriarchalische Werte gesellschaftlich durchgesetzt, und das hat in den Familien zu Auseinandersetzungen geführt. Man darf nicht vergessen: Emanzipative Prozesse sind immer eine lebendige Annäherung an ein Ideal. Das ist greifbar in Rojava.

Um es plastisch zu machen: Frauen hatten die Möglichkeit, sich gegen eine Zwangsheirat zu wehren. Sie konnten zur Polizei gehen. Das war nicht leicht, denn es hieß, sich unter Umständen gegen die eigene Familie zu stellen. Aber es war möglich. Und darum geht es: Dass die Gesellschaft dir die Sicherheit gibt, dich individuell anders verhalten zu können.

express: Wird es solche Sicherheiten für Frauen auch zukünftig geben?

M. W.: Ich fürchte nein. Vor allem bezogen auf die Gebiete, die nun wieder der Zentralregierung unterstehen. Schon jetzt haben sich die sozialen Strukturen wieder zurückentwickelt. Während in Rest-Rojava weiter Doppelspitzen existieren, ist in al-Scharaas Kabinett nur eine einzige Frau vertreten. Auch sonst kehren tradierte Rollenbilder mit enormer sozialer Wucht zurück: durch die Lehrpläne, die Verwaltung, die imperative Form der Religion.

Gleichzeitig bin ich überzeugt, dass die Frauen, die in den letzten Jahren ihre Freiheit erungen haben, sie nicht einfach wieder hergeben werden. Auch hat die Freiheit der Frauen die gesellschaftlichen Abläufe verändert und die persönliche Erfahrung Tausender positiv beeinflusst. Dies wird nachhaltig spürbar bleiben, auch wenn die Bedingungen schwerer werden.

express: Neben der progressiven Geschlechterpolitik ist es vor allem die demokratische Selbstverwaltung, die die Solidarität der internationalen Linken mit Rojava begründet. Wie hast Du sie vor Ort erlebt?

M. W.: Was mich immer gereizt hat, ob damals in El Salvador, in Deutschland oder in Nordostsyrien, ist der Versuch, emanzipative Strukturen aufzubauen: Macht und Herrschaft nach Möglichkeit zu ersetzen durch Kooperation, Eigen- und Mitverantwortung. Vieles davon konnte ich in Rojava erleben. Neben besagten Frauenstrukturen und Projekten gab es kooperative Arbeitsformen (ohne jedoch dazu gezwungen zu werden) und auch den Versuch, mit gesellschaftlichem Reichtum und Ressourcen anders als profitorientiert umzugehen. Dies alles unter der Herausforderung, möglichst gleichberechtigt, respekt- und würdevoll mit den unterschiedlichen Ethnien und Religionen der Menschen zu agieren.

Dabei war das System in Rojava natürlich immer weit entfernt von dem idealisierten Bild, das sich viele mitteleuropäische Linke von Selbstverwaltung machen. Nehmen wir allein den Umstand, dass man nicht einfach nach Belieben verreisen konnte. Oder dass es lange Jahre einen Pflichtdienst gab, den man beim Militär oder der Polizei abzuleisten hatte. Rojava war ein Versuch, sich utopischen Ideen zu nähern, in einem stetigen Prozess. Anders konnte es gar nicht sein, denn man hatte es täglich mit Strukturen aus der Vergangenheit zu tun, die extreme Beharrungskräfte haben.

Hinzu kamen die Bedingungen des Krieges: Täglich sterben Menschen, alle Ressourcen sind knapp, zahllose Vertriebene und Versehrte müssen versorgt werden, Entscheidungen müssen oft schnell getroffen werden und können sehr harte Konsequenzen haben.

Zudem gab es immer eine gewisse, sagen wir: revolutionäre Dominanzkultur, die durchaus Wucht entfalten konnte gegen Leute, die nicht auf Linie waren. Und tradierte Kader bildeten ein Korrektiv mit viel Gewicht – manchmal zum Guten, manchmal zum Schlechten.

Der entscheidende Punkt war aber: All das konnte man diskutieren. Und die Auseinandersetzungen darüber in den Kommunen und Stadtteilen orientierten sich an basisdemokratischen Modellen, so wenig Platz der Krieg manchmal auch für Basisdemokratie ließ.

Hinzu kommt: Die humanitären und demokratischen Selbstverpflichtungen, über die ich gesprochen habe – auf die konnte man sich berufen. Das macht einen riesigen Unterschied. Im Krieg kommt es immer wieder auch zu Regelverletzungen, aber dank solcher Vorgaben sind sie kritisierbar und können Konsequenzen haben. Ich glaube, vielen ist gar nicht klar, was für einen riesigen Unterschied es macht, dass die kurdischen Gefängnisse von Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International inspizierbar waren – ganz im Unterschied zu denen aller anderen Kriegsparteien.

express: Was wird bleiben von der demokratischen Selbstverwaltung?

M. W.: Der Geist der Selbstverwaltung und der Basisdemokratie, diese Ideen werden weiter Bestand haben. Umso bitterer ist es, gerade den Rückschritt erleben zu müssen, der sich überall vollzieht. Für mich drückt er sich weniger in den Gebietsverlusten der Aanes aus als darin, dass die Leute wieder in der Angst leben müssen, ihr Leben zu verlieren. Schließlich gibt es auch das Risiko von Racheaktionen. All das macht mich tief betroffen.

Man darf auch nicht vergessen, dass die Leute in Nordostsyrien völlig fertig sind – nach über zehn Jahren Krieg, nach über zehn Jahren Vertreibung. Viele können einfach nicht mehr. Sie wünschen sich stabile, friedliche Verhältnisse, in denen sie endlich eine persönliche Perspektive haben und ihre Kinder zur Schule gehen können. Es kommt aber einfach kein Frieden zustande. Wie gesagt: Die Region Kobanê wird immer noch belagert, und das ist das Faustpfand der Zentralregierung für die weiteren Verhandlungen mit den SDF. Wie es weitergehen wird – nicht zuletzt ökonomisch –, das ist derzeit völlig offen.

express: Gibt es etwas, das man hierzulande tun kann?

M. W.: In erster Linie dürfen wir uns nicht von Rojava abwenden. Solidarität und internationale Aufmerksamkeit sind weiter notwendig. Auch wer keinen besonderen Bezug zur Region hat, sollte unbedingt an der gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung dranbleiben. Es mag wie eine Plattitüde klingen, aber das ist ungemein wichtig in Zeiten des stärker werdenden Totalitarismus.

Dass westliche Staaten sich in einer internationalen Politik üben können, die bar jeder Humanität ist, dass sie einen islamistischen Präsidenten unterstützen, weil er Kontrolle verspricht, das ist nur möglich, weil kaum jemand mehr Anstoß nimmt an diesem unmenschlichen Pragmatismus.

** Michael Wilk machte eine Ausbildung zum Schmied, bevor er Arzt und Psychotherapeut wurde. Seit Jahrzehnten ist er aktiv in sozialen Bewegungen, er ist Autor zu Themen wie anarchistischer Staatskritik und als Notfallmediziner in Krisengebieten tätig, seit 2014 in Nordostsyrien.*

Das Gespräch führte Lucas Rudolph.

Spenden für die medizinische Versorgung in Nordostsyrien sind möglich über das Spendenkonto von Michael Wilk (IBAN: DE77 5105 0015 0173 0709 39, Zweck: »Gesundheitshilfe«, keine steuerwirksamen Bescheinigungen möglich) oder an den gemeinnützigen Verein Städtefreundschaft Frankfurt-Kobanê e.V. (IBAN: DE66 5019 0000 6200 9082 42, Zweck: »Nothilfe«).

express im Netz und Bezug unter: www.express-afp.info
Email: express-afp@online.de

express / AFP e.V., Niddastraße 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:
AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12